# Landesring : politisches Spektrum

Autor(en): **Nägeli, Hans**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **32 (1953)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-336745

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

ventionsbettelei ist in ihren Reihen anzutreffen. Sie spielen sich auf als die Schirmherren eines gesunden Föderalismus, aber ihr Föderalismus ist nicht viel mehr als ein Mittel, um in den katholischen Kantonen die Vorherrschaft der Konservativen Partei so lange wie möglich zu halten und in einem schwachen Bund zu maximalem Einfluß zu gelangen; denn von den Kommunisten abgesehen wird keine Partei geistig und weltanschaulich zentralistischer und autoritärer gelenkt als diejenige der Katholischkonservativen. Vom echten Konservatismus und Föderalismus, in dem noch ein gutes Stück urtümlicher Freiheit lebendig war, haben sich die heutigen Katholischkonservativen soweit entfernt wie die jetzigen Freisinnigen vom Liberalismus der 48er Radikalen. Hier wie dort ist man angesichts des politischen Bankrottes, den die Politik dieser beiden Parteien erlitten hat und der nach dem 6. Dezember allen Augen sichtbar geworden ist, versucht, zu fragen:

*Sag an, Helvetien, du Heldenvaterland,*
*Wie ist dein altes Volk dem jetzigen verwandt?*

HANS NÄGELI

## Landesring — politisches Spektrum

Unter politischen Parteien versteht man im allgemeinen Sinne Vereinigungen von Personen mit ungefähr gleichen Anschauungen und Bestrebungen. Parteien, die auf dem Boden der Demokratie stehen, gewährleisten ihren Mitgliedern selbstverständlich das Recht der freien Meinungsäußerung bei der Abklärung ihrer Stellungnahme zu Tagesproblemen und grundsätzlichen Fragen. Die Grundlage der Tätigkeit einer Partei und den Kristallisationspunkt des Willens ihrer Mitglieder bildet das Parteiprogramm. Wer sich über die Ziele einer Partei orientieren will, kommt ohne Kenntnis ihres Programmes nicht zurecht. Die Tagespolitik allein läßt ein schlüssiges Urteil nicht immer zu.

Der Landesring der Unabhängigen besitzt kein eigentliches Parteiprogramm. Seine Genesis weist auf weitere Besonderheiten hin, die denn auch weitgehend Haltung und Politik des Landesrings beeinflussen. Insbesondere ist zu beachten, daß er ausdrücklich als Bewegung auf der Basis eines geschäftlichen Unternehmens durch dessen Inhaber gegründet wurde. Nicht unwesentlich ist auch der Zeitpunkt der Gründung.

Im Jahre 1935 unternahm eine breit angelegte Gemeinschaft des werktätigen Volkes mit dem Mittel der Kriseninitiative den Versuch, die damalige trostlose Krisenpolitik des Bürgertums durch zielbewußte, aktive Konjunktur-

politik zu überwinden. Die großen bürgerlichen Parteien bekämpften diesen Versuch mit allen Mitteln, und es gelang ihnen, den Vorstoß abzuwehren. Auf die Ablehnung der Initiative folgte eine rapide Verschärfung der Krise, und im Volke begann sich eine Stimmung der Hoffnungslosigkeit zu verbreiten. In dieser Situation ging Gottlieb Duttweiler «in die Politik», wie er sich ausdrückte. Für den Start benützte er die Nationalratswahlen im Herbst 1935. Er selbst kandidierte gleichzeitig in den Kantonen Zürich, Bern und St. Gallen. Er wurde auch überall gewählt, und mit ihm zogen sechs weitere «Unabhängige» in den Nationalrat ein, die früher politisch kaum irgendwie hervorgetreten waren. Dem aufsehenerregenden Wahlerfolg folgte die Gründung eines eigenen Zeitungsunternehmens und einer eigenen politischen Organisation auf der Grundlage der damaligen Migros-Aktiengesellschaft.

### *Vom Geschäft zur Partei*

Die spätere Umwandlung der AG in eine Genossenschaft änderte an der Sachlage nur so viel, daß von da an das genossenschaftliche Unternehmen die politische Organisation und die Presse mitfinanzierte. Nach neueren Publikationen wendet der Migros-Genossenschaftsbund recht erhebliche Summen auf für politische und wirtschaftspolitische Aktionen und Propaganda, die beispielsweise in den Jahren 1949 bis 1952 zusammen den Betrag von über einer Million Franken erreicht haben sollen. Wie hoch sich die direkten Zuwendungen des MGB an den Landesring belaufen, weiß man nicht genau. Zu beachten ist aber, daß außerdem die Migros-Genossenschaft Zürich bedeutende Summen für gleiche Zwecke verwendet. Die Tatsachen waren an sich der Öffentlichkeit schon lange bekannt. Überraschend wirkt nur die Höhe der Beträge. Auf alle Fälle steht fest, daß der Landesring von der Basis des geschäftlichen Großunternehmens aus wesentliche finanzielle Zuwendungen erhält, eine Erscheinung, die in schweizerischen Verhältnissen mindestens dem Ausmaße nach als ungewöhnlich bezeichnet werden muß. Man begreift aber unter diesen Umständen, daß sich der Landesring trotz der bescheidenen Zahl seiner eingeschriebenen Mitglieder und ihrer bescheidenen Parteibeiträge bei bedeutenden Wahlen und Abstimmungen eigentliche Rekordleistungen an Propagandaeinsatz erlauben kann.

### *Partei oder «Bewegung»*

«Der Ring soll nicht trennen, sondern verbinden. Auch heute und auf alle Zeiten sagen wir: Keine Partei!» So lautet eine der grundlegenden Formulierungen in der Schrift Nr. 2 des Landesrings, einer Sammlung aus Reden des Gründers. Nun, diese «alle Zeiten» gingen schnell vorüber, denn ohne Orga-

nisation kam auch der Landesring nicht aus, und seit langem gleicht sein organisatorischer Aufbau demjenigen anderer Parteien wie ein Ei dem andern. Ursprünglich ging der Landesring darauf aus, Mitglieder anderer Parteien unter Beibehaltung ihrer Mitgliedschaft für sich zu gewinnen, wohl eher um Keime der Zersetzung in sie hineinzutragen als um zu «verbinden». Der Erfolg blieb jedoch aus.

Vielleicht mögen die besonderen politischen Verhältnisse der Gründungszeit für eine «Bewegung» und «keine Partei» den Ausschlag gegeben haben. In den der Gründung unmittelbar vorausgegangenen Jahren sprießten nach dem Umbruch in Deutschland auch in unserem Lande verschiedene «Bewegungen» auf. Jede dieser «Bewegungen» schmückte sich je nach Standort mit irgendeinem «Glanzstück» aus der ideologischen oder propagandistischen Rüstkammer des Nazitums. Allen gemeinsam war unverkennbar der Wille zur Beseitigung des «Systems» der Parteiendemokratie. Damals bestand der Landesring noch nicht. Von seiner Gründung an bekannte er sich jederzeit zur schweizerischen Demokratie. Interessant und bezeichnend für seinen Opportunismus war aber, daß auch der Landesring in seiner Propaganda «das System» und «die Parteien» als Objekt seines Kampfes wählte. Jedenfalls erwartete man in Landesringkreisen eine Art Umbruch. Am 17. November 1941 erschien in der «Tat» ein Artikel des Gründers und Obmanns des Landesrings, welcher nichts Geringeres als den baldigen Untergang «der Parteien» in Aussicht stellte. Wir zitieren daraus:

> *«Der Zusammenbruch der Parteien wird immer sinnfälliger. Weitsichtige Männer haben die langsamere oder schnellere Auflösung der Parteien vorausgesehen . . .»*

Der Verfasser meinte sogar, die «Abbröckelung der großen Parteien» werde «im Quadrat vorwärtsgehen». Demgegenüber rühmte er sich der «Konzentration gegen die Mitte im Landesring». Er entfaltete sozusagen in einem Zuge ein eigentliches Liebeswerben bei den «Aufgebot»-Leuten, Walliser Jungkonservativen, Freiburger Agrariern und damals unter Parteiverbot stehenden westschweizerischen Kommunisten. So weit spannte er den Bereich seiner Konzentrationsbewegung. Sie bekam ihm allerdings schlecht, denn gerade in ihr lag der Grund einer späteren Sezession im Landesring selbst. Der «Zusammenbruch der Parteien» blieb ein frommer Wunsch, dagegen entwickelte sich der Landesring selbst mehr und mehr zur Partei. Auch als solche wollte er besser erscheinen als «die Parteien», besonders bei Wahlen. Anläßlich einer Kantonsratswahl im Kanton Solothurn verstieg sich die Landesringpropaganda in den überheblichen Slogan: «Die Besten sind uns geblieben.» Aus Gründen, die ihm wohlbekannt sind, verlor der Landesring nachher dort jede politische Bedeutung.

Mit besonderer Beharrlichkeit legt der Landesring «den Parteien» das Vorhandensein eines «Klüngels» zur Last, worunter ohne jede Differenzierung die Leitungen gemeint sind, die nach Behauptungen des Landesrings sich zu weitgehende Kompetenzen anmaßten. Das mag gelegentlich da oder dort vorkommen. In diesem Zusammenhang ist es nun recht interessant, einen Blick in innere Verhältnisse zu werfen und auf ein Beispiel hinzuweisen, das im Landesring selbst zu finden ist. Am 5. Februar 1943 versandte der Standesvorstand Zürich des Landesrings die Einladung zu einem außerordentlichen Standestag auf den 13. des gleichen Monats. Das Haupttraktandum betraf die Vorbereitung der Zürcher Kantonsratswahlen jenes Frühjahrs. Der Einladung war ein «Zirkular Nr. 44/43» mitgegeben, das den Beschluß des Standesvorstandes zur Vorbereitung dieser Wahlen enthielt. Punkt 1 dieses Beschlusses lautete wie folgt:

> *«Die Kantonsratslisten der einzelnen Wahlkreise sind entsprechend den terminologischen Weisungen des Geschäftsführers dem Standesvorstand zur Begutachtung vorzulegen. Der Standesvorstand behält sich das Recht vor, in einzelnen Fällen die Finanzierung und Durchführung der zentralen Propaganda abzulehnen.»*

Zur weiteren Verdeutlichung wurde in Punkt 2 beigefügt:

> *«Der Standesvorstand wird Differenzen hinsichtlich der personellen Zusammensetzung der Kandidatenlisten mit den maßgebenden Wahlausschüssen oder Gruppenvorständen bereinigen, behält sich aber das Recht vor, einzelne Kandidaten nicht zu genehmigen.»*

Daraus geht eindeutig hervor, wie weit mindestens in jenem Zeitpunkt die Machtvollkommenheit der Parteileitung im Standesring Zürich ging. Dieses Zirkular läßt überdies die Unabhängigkeit der «Unabhängigen» in einem ganz besonderen Lichte erscheinen, denn deutlich genug kommt hier zum Ausdruck: Wer bezahlt, der befiehlt! Um das Bild vollständig zu machen, braucht man nur noch den Zusammenhang mit den Finanzquellen des Landesrings herzustellen.

Auch in anderer Beziehung steht die Landesringpropaganda manchmal in einem recht seltsamen Verhältnis zur Wirklichkeit. Der Landesring wirft «den Parteien» häufig «Päcklimacherei» vor, besonders bei bestimmten Wahlen. Derlei Beispiele gibt es natürlich, sogar wenig rühmliche. Aber praktiziert denn der Landesring das von ihm verworfene «Päcklimachen» nicht selbst? Bei Wahlen in die richterlichen Behörden des Bezirkes Zürich hat er sich seit vielen Jahren die Regel angewöhnt, mit allen andern bürgerlichen Parteien zusammen ein Wahlkartell zu bilden, hie und da mit Vorliebe gegen die Sozialdemokraten. In Schaffhausen beteiligte sich der Landesring bei

politischen Wahlen seit Jahren an einer vom dortigen Freisinn geführten Einheitsliste der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten. Es gäbe eine Reihe weiterer Beispiele, um auch in dieser Beziehung den Nachweis zu erbringen, daß Propaganda und Wirklichkeit beim Landesring verschiedene Dinge sind.

### *Die klaffende Lücke*

Die sogenannten «Grundsätze» des Landesrings, bestehend aus einem Gemisch teils vager, teils sich selbst widersprechender Bekenntnissätze und wirtschaftlicher Forderungen, bieten keinen Ersatz für das fehlende Parteiprogramm, ebensowenig das später hinzugekommene «Wirtschaftsprogramm» und die ebenfalls später beschlossenen «Brestenberger Thesen». Die klaffende Lücke wirkt sich in Haltung und Politik des Landesrings sichtbar aus. Er schillert in allen Farben, will keine bürgerliche Partei im eigentlichen Sinne sein – und ist es doch. Seine Kurslosigkeit wird immer wieder offenbar, und intern bestehen im Landesring dauernd scharfe Gegensätze. Ein einflußreicher Flügel steht politisch mindestens so weit rechts wie der Freisinn. Auf der Gegenseite gibt es eine Gruppe von Leuten, die ihrer Einstellung nach, mindestens in sozialen Fragen, ebensogut mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten oder ihr sogar angehören könnten. Dazwischen befindet sich ein zumeist gut situiertes Klein- und Mittelbürgertum, dem die weitreichende Propagandakraft des in bedeutendem Ausmaße geschäftlich finanzierten Landesrings die sonst vielleicht kaum vorhandene Chance bietet, öffentlich Geltung und Mandate zu erlangen.

Der Landesring präsentiert sich leichtgläubigem Volke gerne als die «einzige Opposition» im Lande. Gegen wen und gegen was? In Stadt und Kanton Zürich hat der Landesring eine gewisse politische Bedeutung erreicht. Er ist aber auch Regierungspartei geworden. In der eidgenössischen Politik tritt der Landesring, der zehn Nationalratsmandate besitzt, je nach Opportunität so oder anders auf. Seine parlamentarischen Vertretungen spalten sich meistens in verschiedene Standpunkte auf. Diese «Unabhängigkeit» erklärt sich weit weniger aus einem «Grundsatz» als aus der einfachen Tatsache des Fehlens einer verbindenden ideologischen Grundlage. Würde sie nämlich auf einem Grundsatz beruhen, wäre gar kein Grund vorhanden, sich zu eigentlichen Fraktionen zusammenzuschließen. Bei näherer Prüfung erweist sich die aus Propagandagründen behauptete «einzige Opposition» als bloßer Opportunismus.

### *Standort?*

Versucht man wenigstens aufzuspüren, welcher politischen Richtung der Landesring am nächsten kommt, erscheint es ratsam, vorerst noch einmal die bereits erwähnte Landesringschrift Nr. 2 zu konsultieren. Sie bietet einen

Hinweis, der zutreffend sein dürfte: «Die Freisinnige Partei wird sich nicht sehr weit von uns entfernen können, wenn sie nur ihr altes Parteiprogramm wieder hervornimmt.» Also Liberalismus, vielleicht sozial etwas stärker überpudert. Stellt man damit die politische Haltung des Landesrings zu bestimmten, wichtigen Fragen in Zusammenhang, so tritt die ideologische Verwandtschaft mit dem Freisinn denn auch deutlich in Erscheinung. Als seinerzeit der Zürcher Freisinn das Referendum gegen die Tabakvorlage ergriff, eilte ihm flugs der Landesring bei der Sammlung der Unterschriften zu Hilfe. Im Kampfe gegen Mietpreiskontrolle und öffentliche Wohnbauförderung standen und stehen Landesring und Freisinn Seite an Seite. Der Landesring hat auch noch nie daran Anstoß genommen, daß einer seiner Prominenten in präsidialer Funktion zusammen mit freisinnigen Sekretären im Haus- und Grundeigentümerverband eine ausgesprochen reaktionäre Politik gegen die Sozialdemokraten und gegen die Gewerkschaften betreiben läßt. Als sprechendes Beispiel sei ferner erwähnt, daß der Landesring, der früher mehrfach ein «Opfer des Besitzes» zugunsten der Sicherheit des Vaterlandes forderte, die sozialdemokratische Friedensopferinitiative zur Verwirklichung dieser gerechten Forderung bekämpfte. Seine antietatistische Politik wetteifert oft geradezu mit derjenigen des Freisinns. Hält es aber der Landesring aus besonderen Gründen für notwendig, ruft er selbst nach Staatsinterventionen, wie andere bürgerliche Kreise übrigens auch. Die innere Zwiespältigkeit zeigte sich wohl am deutlichsten, als der Landesring mit seinem «Recht auf Arbeit» in die politische Arena rollte, einem Versuch, der schon am eigenen Widerspruch scheitern mußte.

Es wirkt beinahe erheiternd, wenn ausgerechnet der Landesring, der die politische Grundsatzlosigkeit geradezu zum Prinzip erhob, der übrigen bürgerlichen Politik Kurslosigkeit und Mangel an Grundsatztreue vorwirft. Um den 6. Dezember 1953 boten die großen bürgerlichen Staatsparteien tatsächlich ein groteskes Bild der Kurslosigkeit. Die Politik des Landesrings liefert jedoch im allgemeinen gerade dafür klassische Beispiele. Immerhin steht das eine fest, daß der Landesring, vor wirklich grundlegende und grundsätzliche Entscheidungen gestellt, sich politisch immer wieder auf die Seite des Bürgertums neigt. Seine politischen Absichten gingen vor allem darauf aus, Teile der Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Der Erfolg blieb jedoch weit hinter den Erwartungen zurück. Der Landesring gehört unverkennbar ins Lager des politischen Bürgertums. Er ist zwar bereit, einige «Prozente» an sozialen Zugeständnissen einzuräumen, aber offensichtlich mit dem Ziele, den Kapitalismus als solchen zu erhalten oder zu retten.